

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. Juli 2023

Stadtverordnete: anwesend 15 von 23

1	Norbert Ruhl, Stadtverordnetenvorsteher	
2	Günther Aillaud	entschuldigt
3	Dagmar Althainz	entschuldigt
4	Thorsten Bauer	
5	Kevin Boseniuk	
6	Larissa Emmerich	
7	Manfred Günther	
8	Manfred Hampach	
9	Peter Hartmann	entschuldigt
10	Arno Hebler	
11	Hermann Koch	entschuldigt
12	Rainer Kuche	entschuldigt
13	Thomas Moll	
14	Karsten Müller	
15	Andreas Pigulla	
16	Jochen Schäfer	
17	Stefan Schleiter	
18	Sabine Schmerberg	entschuldigt
19	Axel Schmidt	entschuldigt
20	Stefan Seibert	entschuldigt
21	Thorsten Thamke	
22	Michael Vaupel	
23	Andreas Weichsel	

Magistrat: anwesend 5 von 8

1	Bürgermeister Michael Emmerich	
2	Erster Stadtrat Heinrich Müller	
3	Stadtrat Daniel Aillaud	entschuldigt
4	Stadtrat Heinrich Block	
5	Stadtrat Hans-Jürgen Habertzettl	
6	Stadträtin Karin Lippert	entschuldigt
7	Stadtrat Ralf Merle	
8	Stadtrat Werner Metke	entschuldigt

Schriftführung:

Mareike Schulz-Wittekindt

Beginn: 20 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

TOP 1: Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Ruhl eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass mit Schreiben vom 5. Juli 2023 form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form gebilligt und wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Niederschrift vom 24.04.2023
- 3 Mitteilungen des Magistrates
- 4 Beantwortung von Anfragen
- 5 Aufstellung des Jahresabschlusses 2022
- 6 Außerplanmäßige Ausgabe
Hier: Jahresergebnis 2022
- 7 1. Bericht über den Vollzug des Haushaltes 2023
- 8 Kindertagesstätte Storchennest Ernsthausen
Hier: Erweiterung der Öffnungszeiten und Übernahme des zusätzlichen Defizites durch die Stadt Rauschenberg
- 9 Neufassung der Kostenbeitragsatzung der Stadt Rauschenberg über die Benutzung des städtischen Kindergartens
- 10 Umbau und Sanierung des Bauhofes der Stadt Rauschenberg
- 11 Beteiligung der Stadt Rauschenberg an der EAM EnergiewendePartner GmbH
- 12 Teilnahme der Stadt Rauschenberg am Bundesprogramm „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld“ mit dem Projekt „Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung für Rauschenberg im Verbund mit den Kommunen Amöneburg, Neustadt (Hessen), Kirchhain und Wohratal“
- 13 Neubau des Feuerwehrhauses in Schwabendorf
Hier: Standortfestlegung
- 14 Teilnahme am Projekt „Mobile Löschwasserversorgung für den Landkreis Marburg-Biedenkopf“
- 15 Finanzierung von Elektroladesäulen
- 16 Antrag der Fraktion Grüne vom 30.05.2023 betr. Förderprogramm Mini- / Balkon-Solaranlagen
- 17 Antrag der FBL-Fraktion vom 30.06.2023 betr. Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten“

TOP 2: Niederschrift vom 24.04.2023

Gegen die Niederschrift vom 24. April 2023 bestehen keine Einwände.

TOP 3: Mitteilungen des Magistrates

1. **Haushaltsgenehmigung 2023** – Der Landrat hat mit Schreiben vom 24.04.2023 die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2023 genehmigt. Das Genehmigungsschreiben des Landrates ist als Anlage 1 beigefügt.
2. **Feuerwehrhaus Albshausen** – Mittlerweile liegen alle Schlussrechnungen für das Feuerwehrhaus in Albshausen vor. Die Baumaßnahme hat brutto 1.208.596,12 Euro gekostet. Darin enthalten sind die Kosten der 18 einzelnen Gewerke, die Planungs- und Architektenkosten, Genehmigungsgebühren, Vermessungskosten und die Kosten der Außenanlage. Eine detaillierte Aufstellung der Kosten der einzelnen ausgeschriebenen Gewerke ist als Anlage 2 beigefügt. Bitte beachten Sie, dass die Aufstellung Nettobeträge enthält. Da die Stadt nicht Vorsteuerabzugsberechtigt ist müssen auf die Gewerke noch 19% Mehrwertsteuer aufgerechnet werden.
3. **Freibad Rauschenberg** – Die Ausschreibungen der Gewerke Abbrucharbeiten, Rohbauarbeiten und Edelstahlbecken wurden veröffentlicht. Termin für die Angebotseröffnung ist der 26.07. Schließung des Freibades am 31.08. Beginn der Abbrucharbeiten ist der 04.09.2023. Die anderen Gewerke werden im Laufe des Herbstes ausgeschrieben.
4. **Pumpstation Trinkwasser Josbach** – Das Gesundheitsamt möchte eine weitergehende Untersuchung, um die Ursache der seit Jahrzehnten hohen Nitratwerte im Brunnen Josbach zu klären. Bereits im Jahr 2002 wurde ein Gutachten erstellt, das die Wasserzuflüsse zum Brunnen in Josbach betrachtet und eine mögliche Erklärung für den Nitratreintrag geliefert hat. Anstatt ein weiteres Gutachten in Auftrag zu geben, wurde sich jetzt mit der Energiegesellschaft Frankenberg, als unseren Berater in Sachen Wasserversorgung, darauf verständigt zunächst einmal die Abdichtung des Brunnens zu untersuchen. Mögliche Leckagen im oberen Brunnenbereich können zu Einträgen von nitratbelastetem Oberflächenwasser führen. Der Brunnen wird mit einer Kamera befahren werden. Dazu ist das Ziehen der Rohrleitung und der Pumpe notwendig. Beides ist mittlerweile über 50 Jahre alt. In dem Zusammenhang werden dann auch das Rohrgestänge und die Pumpe mit erneuert. Kosten ca. 16.000 Euro.
5. **Pumpstation Trinkwasser Wambach** – Um die Ergiebigkeit der Quelle im Hinblick auf die Verlegung einer Trinkwasserleitung nach Rauschenberg zu prüfen wurde bei RP Gießen ein Antrag zur Durchführung eines Pumpversuches gestellt. Im Zeitraum von einer Woche wird die Schüttung der Quelle untersucht, um eine mögliche Erhöhung der Wasserentnahme bei einem Anschluss der Quelle an Rauschenberg auch genehmigt zu bekommen. Während des Pumpversuches wird der Stadtteil Ernsthausen notversorgt. Die Details dazu werden noch ausgearbeitet.
6. **Vermessung der Feuerlöschhydranten** – Es werden derzeit Angebote für eine GPS-genaue Einmessung der vorhandenen Hydranten sowie eine Überprüfung der Ergiebigkeit der Hydranten durch ein Unternehmen eingeholt. Begonnen werden soll im Stadtteil Albshausen. Die Daten sollen dann in unser grafisches Informationssystem eingespielt und den Feuerwehren digital zur Verfügung gestellt werden. Wenn es wie erhofft funktioniert, werden die Hydranten in den anderen Stadtteilen in den nächs-

ten Jahren ebenfalls erfasst.

7. **Erstellung eines integrierten Quartierskonzeptes für Ernsthausen und Josbach** – Das Büro EnergyEffizienz aus Lampertheim hat den Auftrag zur Erstellung der Quartierskonzepte für Ernsthausen und Josbach. In Ernsthausen fand am Mittwoch, 12.07. die sehr gut besuchte Auftaktveranstaltung statt. In Josbach wird sie am Mittwoch, 19.07. stattfinden. Ein Quartierskonzept umfasst neben der Prüfung der Möglichkeiten des Wärmebezuges, also z.B. den Bau eines Nahwärmenetzes auch Beratungsmöglichkeiten für Gebäudeeigentümer zu Dämmmaßnahmen und Klimaanpassungsstrategien wie z.B. „Grün im Ort“.
8. **Radverkehrsbericht des Landkreises** – Der Landkreis hat den aktuellen Radverkehrsbericht vorgelegt. Er zeigt den Stand der verschiedenen Radverkehrsprojekte innerhalb des Landkreises auf. Sie finden ihn als Anlage 3 zu den Mitteilungen.
9. **Sicherstellung der Kinderbetreuung für Kinder unter 2 Jahren** – Ab Spätherbst dieses Jahres reichen die zur Verfügung stehenden Krippenplätze für Kinder unter 2 Jahren nicht mehr aus. Darüber wurde die Stadt Mitte März informiert. Daraufhin wurde nach Lösungen gesucht, um den betroffenen Eltern Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile wurde ein Träger für die Einrichtung von 10 Plätzen in der Kindertagespflege gefunden. Ebenso wurde sich in einem gemeinsamen Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden (3 von 4), dem Kirchenvorstand Rauschenberg und Ernsthausen sowie Pfarrer Noll und Bürgermeister Emerich darauf verständigt, dass das Haus der Begegnung von der Stadt für die Kinderbetreuung angemietet werden kann. Schlussendlich muss das Kreisbauamt und die Fachaufsicht Kindertagespflege beim Landkreis der Maßnahme noch zustimmen. Dazu findet im August ein Ortstermin statt. Sollte die Zustimmung seitens der Behörden verweigert werden, wird die Stadt auf das Gebäude in der Bahnhofstraße 10 (an der Kratzschen Scheune) zurückgreifen und den dortigen Mietern wegen Eigenbedarf kündigen müssen. Es kann den Mietern dann allerdings gleichwertiger Wohnraum angeboten werden. Die Stadtverordnetenversammlung erhält in der nächsten Sitzung eine entsprechende Beschlussvorlage.

TOP 4: Beantwortung von Anfragen

Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.07.2023

Ehrenamtscard des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Die SPD-Fraktion fragt an:

Der Landkreis hat es sich zur Aufgabe gemacht, gemeinsam mit dem Land Hessen und den Kommunen optimale Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement zu schaffen und damit vor allem die Vereine im Landkreis zu stärken. Dies unter anderem mit der Ehrenamts-Card für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger: Den Menschen ein wenig von dem zurückzugeben, was sie an Kraft und Engagement für die Gesellschaft investieren. In-

wieweit hat der Magistrat der Stadt Rauschenberg von dem auch für ihn bestehenden Vorschlagsrecht zur Vergabe der drei Jahre gültigen Karte, die zahlreiche Vergünstigungen beinhaltet, Gebrauch gemacht, welche Auswahlkriterien werden dabei angewandt und wie wird über die Möglichkeit der Beantragung dieser Karte durch ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger informiert?

Vorbemerkung:

Voraussetzung zum Erhalt der Ehrenamtscard ist, dass sich Personen seit mindestens drei Jahren mit mindestens 5 Stunden pro Woche rein ehrenamtlich engagieren, ohne dafür eine Aufwandsentschädigung zu erhalten.

Antragsberechtigt ist die Person selbst. Ebenso können Vereine und Organisationen, für die die Ehrenamtlichen tätig sind, den Antrag stellen.

Zu 1: Inwieweit hat der Magistrat der Stadt Rauschenberg von dem auch für ihn bestehenden Vorschlagsrecht Gebrauch gemacht, welche Auswahlkriterien werden dabei angewandt?

Derzeit gibt es im Stadtgebiet 7 Personen, die die Ehrenamtscard besitzen. Die Stadt Rauschenberg hat eine dieser Personen vorgeschlagen. Auswahlkriterien sind keine festgelegt, es gelten die Voraussetzungen des Landkreises zum Erhalt der Ehrenamtscard. Da viele der für die Stadt tätigen Personen eine Aufwandsentschädigung erhalten, oder im Durchschnitt weniger als 5 Stunden pro Woche rein ehrenamtlich für die Stadt tätig sind, entfallen bei vielen Personen die Voraussetzungen zum Erhalt der Card.

Zu 2: Wie wird über die Möglichkeit der Beantragung dieser Karte durch ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger informiert?

Die Stadt übernimmt Pressemitteilungen des Landkreises zur Veröffentlichung auf der Homepage und in den Rauschenberger Nachrichten.

Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.07.2023

Wasserkonzept des ZMW

Die SPD-Fraktion fragt an:

Ob „Kirchhain will eigenes Wasserkonzept“ oder „Lahntal ist beim Wasserkonzept dabei“: Mehrfach hat die „Oberhessische Presse“ in den vergangenen Monaten über ein teilräumliches Wasserkonzept des Zweckverbandes Mittelhessischer Wasserwerke (ZMW) samt möglicher Fördermöglichkeiten und der Haltung von Kommunen aus dem Landkreis dazu berichtet. Dabei geht es u. a. um das Prognostizieren von Wasserbedarfen, aber auch um das Aufzeigen möglicher Risiken für die mittel- und langfristige Wasserversorgung und möglicher

Verbesserungsmöglichkeiten. In politischen Gremien in Rauschenberg war das Konzept bislang noch nicht Thema, deshalb fragen wir:

1. Warum wurde das Konzept des Verbandes bislang noch nicht thematisiert?
2. Ist eine Entscheidung getroffen worden, sich bislang nicht beteiligen zu wollen?
3. Was soll und kann getan werden, um der Problematik geringer Grundwasserstände zu begegnen?

Vorbemerkung:

Der ZMW hat die Stadt Rauschenberg so wie voraussichtlich auch alle anderen Kommunen des Landkreises Ende 2022 angeschrieben und angefragt, ob seitens der Stadt Rauschenberg Interesse an der Teilnahme der Erstellung eines „Teilräumlichen Wasserkonzeptes Mittelhessen“ besteht. In dem Schreiben führt der ZMW unter anderem folgendes aus:

*Alle Kommunen wurden im Jahr 2021 informiert, dass es Möglichkeiten zur Förderung von teilräumlichen Wasserkonzepten gibt. Auch der ZMW, als Bindeglied der Kommunen im Bereich der Trinkwasserversorgung in großen Teilen Mittelhessens, hat sich im Rahmen des Wasserrechtsverfahrens für das Wasserwerk Stadtallendorf bzw. seiner Förderbrunnen mit diesem Thema beschäftigt. Der sog. Wasserbedarfsnachweis, als ein zentraler Baustein der Antragsunterlagen, musste für die Bedarfsanmeldungen größerer Weiterverteiler konkretisiert werden. **Mit der Bescheid Erteilung wurde behördenseitig die Empfehlung gegeben, dass der ZMW den Gedanken eines umfassenden „Teilräumlichen Wasserkonzeptes“ weiterverfolgen sollte.***

Das Fundament eines Wasserkonzeptes bilden die jeweils örtlichen Gegebenheiten und kommunalen Planungen und damit die Daten Ihrer Kommune.

Dies belegt, dass der ZMW nur aufgrund seines laufenden Wasserrechtsverfahrens ein Teilräumliches Wasserkonzept beantragen und federführend durchführen will. Dazu sollen die Kommunen ihre Daten preisgeben. Dies mag bei Städten und Gemeinden wie Kirchhain und Lahntal kein Problem sein, da dort der ZMW überwiegend die Wasserversorgung bis zum Endkunden betreibt. In Rauschenberg haben wir weiterhin eine eigene Versorgung und wollen diese auch beibehalten.

Die Stadt Rauschenberg hat im September 2021 eine Kooperationsvereinbarung mit der Energiegesellschaft Frankenberg (egf) geschlossen. Die egf kooperiert mit der Stadt Rauschenberg bei der Durchführung des technischen Betriebes der Wasserversorgungsanlagen. Erster großer Schritt war die Einführung der Fernüberwachung, die mittlerweile problemlos funktioniert und z.B. die verschiedenen Wasserstände in den Brunnen im Ruhezustand und bei Wasserentnahme aufzeigt. Diese und andere Werte kann die Stadt Rauschenberg als Grundlage für die Beantragung eines eigenen Konzeptes nutzen. Diese Daten sollen und werden nicht an den ZMW weitergegeben, da dieser, nach Ansicht des Unterzeichners, ausschließlich im eigenen Interesse handelt. Dies zeigt, nach Ansicht des Unterzeichners, auch die Tatsache, dass der ZMW sich trotz mehrmaliger Aufforderung geweigert hat die Grundlagen der Gebührenberechnung für die Weiterverteiler, wie sie die Stadt Rauschenberg ist, offenzulegen.

Zu 1: Warum wurde das Konzept des Verbandes bislang noch nicht thematisiert?

Momentan gibt es keine Notwendigkeit ein solches Konzept zu erarbeiten bzw. sich daran zu beteiligen. Die Stadt Rauschenberg arbeitet weiter an der Eigenständigkeit der Wasserversorgung, wie es die Mitteilungen aus dem Magistrat aufgezeigt haben. Das Land Hessen hat den „Zukunftsplan Wasser“ auf den Weg gebracht. Auch hieraus ergeben sich Maßnahmen, die von den Kommunen umgesetzt werden sollen. Diese werden in Zusammenarbeit mit der egf erarbeitet. Der Zukunftsplan Wasser ist als Anlage 1 dieser Anfrage angefügt.

Zu 2: Ist eine Entscheidung getroffen worden, sich bislang nicht beteiligen zu wollen?

Der ZMW hat Ende 2022 angefragt welche Kommunen sich an der Erstellung beteiligen wollen. Die Stadt Rauschenberg hat keine Rückmeldung gegeben.

Zu 3: Was soll und kann getan werden, um der Problematik geringer Grundwasserstände zu begegnen?

Ob und inwieweit die Grundwasserstände im Bereich der Stadt Rauschenberg gesunken sind, kann derzeit nicht beantwortet werden. Unter anderem dafür wurde das Fernüberwachungssystem installiert, welches die Brunnenpegel durchgängig aufzeichnet. Erst in einigen Jahren werden detaillierte Aussagen dazu für den Bereich der Stadt Rauschenberg getroffen werden können. Die Stadt hat in den letzten Jahren/Jahrzehnten viel für den Erhalt der Wasserleitungsinfrastruktur getan. Auf Seite 15 der als Anlage 2 beigefügten Wasserbilanz des RP Gießen aus dem Jahr 2021 (2022 liegt noch nicht vor) geht hervor, dass die Stadt Rauschenberg so gut wie keine Rohrnetzverluste hatte.

Beantwortung der Anfrage von B90/Die Grünen zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.07.2023

Betr.: Verkehrssituation Rauschenberg (Kernstadt)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt an:

Die Verkehrssituation im Bereich **Albshäusertorstraße – Auf dem Römer – Schmaleichertorstraße – Bahnhofstraße** wird von sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern Rauschenbergs seit Langem als mindestens belastend, meistens aber gefährlich eingestuft!

Im Jahr **2016** erarbeitete der Ortsbeirat Rauschenberg unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Vorschläge (s. Anhang), um die prekäre Verkehrssituation in Rauschenberg zu entschärfen. Diese wurden dem Magistrat Anfang 2017 übermittelt. Die Stadtverordnetenversammlung hat durch die Einstellung von Mitteln im Haushalt der Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes bereits vor Jahren zugestimmt. Außerdem hat die Stadtverordnetenversammlung mit der Zustimmung zum Beitritt zum gemeinsamen Ordnungsbehördenbezirk mit Kirchhain und Wohratal ebenfalls bereits vor Jahren die Überwachung des „ruhenden Verkehrs“ auf den Weg gebracht.

Wir stellen daher dazu folgende Fragen:

Wann ist damit zu rechnen, dass die Vorschläge des Rauschenberger Ortsbeirates bewertet (und umgesetzt?) werden?

Wann wird der Stadtverordnetenversammlung das angekündigte Verkehrskonzept vorgelegt, dass die unerfreuliche Verkehrssituation in Rauschenberg, die sich durch die Schaffung zweier neuer Baugebiete noch deutlich verschärfen wird, nach einer sehr zeitnahen Umsetzung hoffentlich nachdrücklich entspannt?

Wann ist mit der Kontrolle des sog. „ruhenden Verkehr“ zu rechnen?

Zu 1: Wann ist damit zu rechnen, dass die Vorschläge des Rauschenberger Ortsbeirates bewertet (und umgesetzt) werden?

Der Ortsbeirat hat, wie in dem beigefügten Schreiben zu sehen, im August 2017 Vorschläge für die Veränderung im Bereich Verkehr eingereicht. Die angeblich prekäre Verkehrssituation wurde anschließend mehrfach, auch im Ortsbeirat, besprochen. Im Jahr 2020 wurden Haushaltsmittel für die Erstellung eines Verkehrskonzeptes eingestellt und ein Auftrag an ein Büro vergeben. Durch die Corona-Pandemie verzögerte sich die Erstellung des Konzeptes. Dies liegt mittlerweile vor und wird der Stadtverordnetenversammlung in Kürze vorgelegt. Ob und wann die dort beschriebenen Maßnahmen umgesetzt werden, obliegt anschließend der Stadtverordnetenversammlung.

Zu 2: Wann wird der Stadtverordnetenversammlung das angekündigte Verkehrskonzept vorgelegt, dass die unerfreuliche Verkehrssituation in Rauschenberg, die sich durch die Schaffung zweier neuer Baugebiete noch deutlich verschärfen wird, nach einer sehr zeitnahen Umsetzung hoffentlich nachdrücklich entspannt?

Wie bereits in Frage 1 dargestellt, wird das Verkehrskonzept der Stadtverordnetenversammlung in Kürze vorgelegt. Allerdings kann der Unterzeichner keine unerfreuliche Verkehrssituation in Rauschenberg erkennen. Ebenso wird bislang keine Verschärfung der Verkehrssituation durch das bereits bestehende Baugebiet gesehen. Dem Unterzeichner sind keinerlei Unfälle im Zusammenhang mit der Verkehrssituation bekannt, so dass die Verkehrssituation nicht wie bei der Anfrage von B90/Die Grünen beschrieben als gefährlich eingestuft wird.

Wann ist mit einer Kontrolle des ruhenden Verkehrs zu rechnen?

Dem Fragesteller dürfte bekannt sein, dass die Kontrollen bereits stattgefunden haben und weiterhin stattfinden. Dies hat zu einer deutlichen Änderung des Parkverhaltens in den Straßen „Auf der Neustadt“ und „Auf dem Flur“ geführt. Lediglich für den Bereich um den Marktplatz mit der noch bestehenden 2-Stunden-Park-Regel wurde die Kontrolle ausgesetzt. Durch die wesentlich bessere Vermietung der vor Jahren noch leerstehenden Wohngebäude hat die Anzahl der Fahrzeuge im Altstadtbereich zugenommen. Für die bestehenden Gebäude gilt die Stellplatzsatzung nicht, so dass auf den Grundstücken oftmals kein Fahrzeugabstellplatz existiert. Daher nutzen einige Mieter die öffentlichen Parkplätze. Man muss sich definitiv die Frage stellen, ob man wieder Leerstände haben möchte oder ob man eine Zunahme des Fahrzeugverkehrs in Kauf nimmt und dadurch wieder mehr Leben in die Altstadt bringt.

Da die Parksituation in der Altstadt in den letzten Jahren in der jetzigen Form funktioniert hat und sich die Parksituation durch die Verlagerung der Sparkasse verändern wird, ist be-

absichtigt die 2-Stunden-Regel entfallen zu lassen. Der Ortsbeirat wird dazu in nächster Zeit angehört werden.

TOP 5: Aufstellung des Jahresabschlusses 2022

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Ruhl verliest die Vorlage.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgende Kenntnisnahme:

Der Magistrat stellt den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2022 gemäß Anlage mit einer Bilanzsumme in Höhe von 33.909.373,59 Euro und einem Jahresüberschuss in Höhe von 166.561,66 Euro bei dem ordentlichen Jahresergebnis und einem außerordentlichen Jahresüberschuss von 146.046,03 Euro auf. Der Jahresüberschuss von insgesamt 312.607,69 Euro wird den Rücklagen aus dem Überschuss des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis von dem Magistratsbeschluss über die Aufstellung des Jahresabschlusses 2022.

TOP 6: Außerplanmäßige Ausgabe Hier: Jahresergebnis 2022

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Ruhl verliest die Vorlage.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 226.393,83 Euro zur Deckung der Mehrkosten im Jahresabschluss 2022.
Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe erfolgt über die Mehreinnahmen im Jahresabschluss 2022.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

TOP 7: 1. Bericht über den Vollzug des Haushaltes 2023

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht von Bürgermeister Michael Emerich über den Vollzug des Haushaltes 2023 zur Kenntnis. Durch die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage sowie des Tarifabschlusses wird in diesem Jahr ein Nachtragshaushalt erforderlich. Der Entwurf wird in der nächsten Sitzung vorgelegt.

TOP 8: Kindertagesstätte Storchennest Ernsthausen

Hier: Erweiterung der Öffnungszeiten und Übernahme des zusätzlichen Defizites durch die Stadt Rauschenberg

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Sport und Soziales, Stadtverordnete Larissa Emmerich berichtet über die Beratungen im Ausschuss und dass sich die Mitglieder einstimmig für die Vorlage ausgesprochen haben.

Auf die Nachfrage von Stadtverordneten Kevin Boseniuk (Grüne) wird mitgeteilt, dass die Lieferung des Mittagessens noch nicht abschließend geklärt ist.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt eine Erweiterung der Öffnungszeiten der Kindertagesstätte Storchennest in Ernsthausen, so dass die Kindertagesstätte künftig als Ganztageseinrichtung betrieben wird.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Übernahme des zusätzlichen Defizites ab dem 01.01.2024.

Die notwendigen Gelder sind ab dem Jahr 2024 im Haushaltsplan zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

TOP 9: Neufassung der Kostenbeitragsatzung der Stadt Rauschenberg über die Benutzung des städtischen Kindergartens

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Ruhl verliest die Vorlage. Anschließend erläutert Bürgermeister Michael Emmerich die Erhöhung der Gebühren.

Stadtverordneter Jochen Schäfer (FBL) erkundigt sich nach den Gebührenanpassungen für die Kindertagesstätten in Rauschenberg und Ernsthausen. Diese werden, wie in den vergangenen Jahren, die Beiträge analog erhöhen. Außerdem bemängelt Stadtverordneter Jochen Schäfer (FBL), dass die Regelzeit nur 5,5 statt der Gebührenbefreiung entsprechend 6 Stunden beträgt.

Stadtverordneter Andreas Pigulla (CDU-Fraktion) beantragt den Tagesordnungspunkt heute zu beschließen und ihn anschließend in den Ausschuss für Kultur, Sport und Soziales zu verweisen, damit wie in den Jahren zuvor, in der Ausschusssitzung die allgemeine Kindertagesituation erörtert werden kann.

Dagegen bestehen keine Einwände.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die beigefügte Neufassung der Kostenbeitragsatzung der Stadt Rauschenberg über die Benutzung des städtischen Kindergartens.
2. Die Neufassung der Kostenbeitragsatzung tritt am 01.08.2023 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

TOP 10: Umbau und Sanierung des Bauhofes der Stadt Rauschenberg

Stadtverordneter Andreas Pigulla (CDU-Fraktion) beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Bauwesen.

Dagegen bestehen keine Einwände.

TOP 11: Beteiligung der Stadt Rauschenberg an der EAM EnergiewendePartner GmbH

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Ruhl verliest die Vorlage, anschließend erläutert Bürgermeister Michael Emmerich die Vorteile der Beteiligung.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rauschenberg stimmt dem Erwerb eines Anteils von 0,25 % im Wert von 7.500 EUR an der EAM EnergiewendePartner GmbH zu.
2. Der Bürgermeister der Stadt Rauschenberg bzw. sein gesetzlicher Vertreter werden ermächtigt und beauftragt, den Anteilserwerb umzusetzen.
3. Die notwendigen Haushaltsmittel werden im Nachtragshaushalt 2023 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

TOP 12: Teilnahme der Stadt Rauschenberg am Bundesprogramm „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld“ mit dem Projekt „Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung für Rauschenberg im Verbund mit den Kommunen Amöneburg, Neustadt (Hessen), Kirchhain und Wohratal“

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Ruhl verliest die Vorlage. Die Fraktionen sprechen sich für die Vorlage aus. Stadtverordneter Stefan Schleiter (FBL) erkundigt sich nach dem Stand der Förderung. Bürgermeister Michael Emmerich erläutert, dass die Förderung noch beantragt werden muss, dass aber alle Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Rauschenberg beteiligt sich am Bundesprogramm „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld „Kommunalrichtlinie (KRL)“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz mit dem Projekt „Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung für Rauschenberg im Verbund mit den Kommunen Amöneburg, Neustadt (Hessen), Kirchhain und Wohratal“.
2. Die notwendigen Haushaltsmittel werden im Haushalt 2024 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

**TOP 13: Neubau des Feuerwehrhauses in Schwabendorf
Hier: Standortfestlegung**

Bürgermeister Michael Emmerich erläutert die zur Auswahl verbleibenden Standorte. Der Wehrführer hat mitgeteilt, dass sich die Feuerwehr Rauschenberg-Schwabendorf ebenfalls für den Standort in der Brachter Straße ausspricht.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung legt als Standort für den Neubau des Feuerwehrhauses in Schwabendorf den Bereich in der Brachter Straße oberhalb des Teichwiesenweges im Bereich der Tennisplätze fest, da es sich um den kostengünstigeren Standort handelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

TOP 14: Teilnahme am Projekt „Mobile Löschwasserversorgung für den Landkreis Marburg-Biedenkopf“

Das Fahrzeug wird zunächst im Feuerwehrhaus in Albshausen untergestellt, später ist die Unterbringung im neuen Feuerwehrhaus in Schwabendorf vorgesehen.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Teilnahme an dem Projekt „Mobile Löschwasserversorgung für den Landkreis Marburg-Biedenkopf“.
2. Die Stadt Rauschenberg stellt eine Fahrzeughalle zur Unterbringung eines Wechselladerfahrzeuges inkl. 10.000 Liter Abrollbehälter zur Verfügung.
3. Die Stadt Rauschenberg stellt die anteilige Finanzierung zur Anschaffung der Wechselladerfahrzeuge inkl. Abrollbehälter für den Landkreis in Höhe von 41.000 Euro im Haushalt 2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

TOP 15: Finanzierung von Elektroladesäulen

Nach dem Verlesen der Vorlage sprechen sich die Fraktionen für die Betreibung der Elektroladesäulen durch die Energie Marburg-Biedenkopf aus.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Bau von zwei Elektroladesäulen durch die Energie Marburg-Biedenkopf an der Kratzschen Scheune in Rauschenberg und der Mehrzweckhalle in Bracht zu. Der Magistrat wird ermächtigt die beiden vorliegenden Vereinbarungen abzuschließen.
2. Die notwendigen Mittel zur Mitfinanzierung der beiden Ladesäulen in Höhe von 17.850 Euro werden im Nachtragshaushalt 2023 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

TOP 16: Antrag der Fraktion Grüne vom 30.05.2023 betr. Förderprogramm Mini-/Balkon-Solaranlagen

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Ruhl verliest den Antrag.

Stadtverordneter Manfred Günther (SPD-Fraktion) beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Bauwesen.

Dagegen bestehen keine Einwände.

TOP 17: Antrag der FBL-Fraktion vom 03.07.2023 betr. Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten“

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Ruhl verliest den Antrag.

Stadtverordneter Andreas Pigulla (CDU-Fraktion) beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Bauwesen.

Dagegen bestehen keine Einwände.

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Ruhl stellt fest, dass die Tagesordnung für die heutige Sitzung abgewickelt ist. Er bedankt sich für die Mitarbeit und schließt um 21:10 Uhr die Sitzung.

Norbert Ruhl
Stadtverordnetenvorsteher

Mareike Schulz-Wittekindt
Schriftführerin